

August 2, 1973

Memorandum regarding a Discussion by Comrade Karl, Head of the China Section, with First Secretary of the Embassy of the PRC Qi Huaiyuan On October 2, 1973

Citation:

"Memorandum regarding a Discussion by Comrade Karl, Head of the China Section, with First Secretary of the Embassy of the PRC Qi Huaiyuan On October 2, 1973", August 2, 1973, Wilson Center Digital Archive, Included in the document reader for the international conference "China and the Warsaw Pact in the 1970-1980s" held by CWHIP and the Parallel History Project March 2004 in Beijing. Translated by Samuel Denney. <https://wilson-center-digital-archive.dvincitest.com/document/114804>

Summary:

This is a memorandum on a conversation reflecting the differences of opinion between the head of the China Desk in the East German Foreign Ministry and the First Secretary of the Chinese Embassy Qi Huaiyuan with regard to the intended establishment of a Chinese trade representation in West Berlin. East Berlin is clearly concerned such a step might favor West Germany's alleged goal of winning sovereignty over West Berlin, in violation of the Four Power Agreement. Qi states that he does not understand the East German position, and that the activities of Chinese diplomats in West Berlin are in accordance with international law. He rejects the notion that these relations might conceivably harm the interests of East Germany.

Credits:

This document was made possible with support from Leon Levy Foundation

Original Language:

German

Contents:

Original Scan
Translation - English

Abteilung Ferner Osten

Sekretär des Ministers I

Eing. Nr. 8. AUG. 1973

Eing.-Nr. VO 482

Aktenvermerk

Nur für den Dienstgebrauch

Berlin, 3. 8. 1973

000258

~~Vertrauliche Dienstnotiz~~

Nachweis Bereich	Lfd.-Nr.	Jahr	Ausf.-Nr.	Clas
EO	331	73	1.	3+ 2. K. Anl.

über ein Gespräch des Genossen Karl, Leiter der Sektion China, mit dem I. Sekretär der Botschaft der VR China Tji Hai-ylan am 2. 8. 1973

Für den ursprünglich eingeladenen Botschaftsrat Wang Yu-pei erschien der I. Sekretär Tji. Tji begründete sein Erscheinen damit, daß Botschafter Peng Guang-wei heute zum Urlaub nach Peking reise und da er vorher noch im Zusammenhang mit dem Ableben des Genossen Ulbricht kondolieren möchte, könne Botschaftsrat Wang nicht kommen. Aus der gegebenen Lage und da das Gespräch bereits einmal verschoben worden war, führte Genosse Karl das Gespräch durch, nachdem er betont hatte, daß er eigentlich beauftragt war, mit Botschaftsrat Wang zu sprechen.

An dem Gespräch haben Genosse Kehr (stellv. Leiter der Abt. Westberlin), Genossin Schael (Sektion China) sowie ein chinesischer Dolmetscher teilgenommen.

Der I. Sekretär Tji sprach zuerst gegenüber Genossen Karl sein Beileid zum Ableben des Genossen Walter Ulbricht aus.

Nach einigen einleitenden Worten trug Genosse Karl gemäß seines Auftrages mündlich eine Erklärung des MFAA der DDR zum Status von Westberlin und zu einer diplomatischen Aktivität des chinesischen Botschafters in der BRD gegenüber dem Regierenden Bürgermeister von Westberlin vor. Wortlaut der Erklärung siehe Anlage.

Tji nahm die Erklärung entgegen und drückte die Bereitschaft aus, diese der Leitung der Botschaft der VR China in der DDR vorzutragen. Einem Hinweis entsprechend fügte er dann noch "zur Weiterleitung an das MFAA der VR China" hinzu.

Tji äußerte daraufhin folgende "persönliche Meinungen" (Zusammenfassung):

000259

- 2 -

VD - FO 331/73

Die VR China gehe in der Westberlin-Frage von der realen Lage aus, die nicht durch die Politik der VR China entstanden sei. Bekanntlich habe die VR China keine diplomatischen Beziehungen mit Westberlin. Deshalb würden alle Kontakte zwischen der VR China und Westberlin durch Diplomaten der Botschaft der VR China in der BRD oder der Botschaft der VR China in der DDR geführt. Daran sei seiner Auffassung nach nichts Außergewöhnliches.

Die VR China habe immer den Standpunkt der DDR in der Westberlin-Frage, ihre Politik zur Verteidigung ihrer souveränen Rechte unterstützt. Die gegenwärtige Lage habe nicht die VR China geschaffen. Die DDR erkenne diese Lage an. Die VR China sei nicht an das Vierseitige Abkommen gebunden. Als ausländischer Staat behandle die VR China aber Westberlin entsprechend der derzeitigen Lage. Wenn die DDR gegen bestimmte Dinge Einwände habe, solle sie sich nicht an China wenden.

Aus den genannten Gründen könne er das Bedauern und Befremden des MFAA der DDR im Zusammenhang mit normalen diplomatischen Aktivitäten Chinas nicht verstehen und nicht akzeptieren. Er könne vor allem nicht verstehen, daß mit derartigen Aktivitäten Interessen der DDR geschädigt würden. Er bedauerte seinerseits die "nicht den Tatsachen entsprechenden Schlußfolgerungen des MFAA der DDR".

Die VR China wolle mit allen Staaten und Gebieten normale Beziehungen auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz entwickeln. Das treffe auch auf Westberlin zu, sofern von Westberliner Seite dazu Interesse besteht. Wenn die Erklärung des MFAA der DDR den Zweck verfolge, die normale diplomatische Tätigkeit der VR China mit Westberlin unter dem Vorwand einzuschränken, daß diese Aktivitäten von der BRD gegen die DDR ausgenutzt werden würden, könne er das nicht akzeptieren. Die VR China nehme sich auch nicht das Recht, diplomatischen Aktivitäten der Diplomaten von DDR-Botschaften in Staaten, mit denen die DDR noch keine diplomatischen Beziehungen unterhält, entgegenzutreten. Abschließend fügte er hinzu, daß die VR China eine prinzipielle Politik betreibe, es ihr souveränes Recht sei, über diese oder jene Botschaft Aktivi-

000260

VD - FO 331/73

- 3 -

täten durchzuführen und daß sich die DDR nicht an Auslegungen der BRD orientieren solle.

Die Genossen Kehr und Karl bekräftigten nochmals den prinzipiellen Standpunkt der DDR in der betreffenden Frage und betonten, daß die DDR nicht von Interpretationen in Publikationsorganen der BRD und Westberlins, sondern von den Tatsachen ausgehe. Es wurde erklärt, daß die DDR keineswegs Einwände gegen Kontakte mit Westberlin habe, solange diese den Status Westberlins nicht berühren. Die DDR müsse sich jedoch gegen alle Schritte wenden, die ihre legitimen Interessen beeinträchtigen und Versuchen bestimmter Kräfte in der BRD Vorschub leisten, das Vierseitige Abkommen zu unterlaufen. Es wurde darauf hingewiesen, daß die BRD wiederholt versuche, Westberlin wie ein Bundesland zu behandeln und Beziehungen anderer Staaten mit Westberlin über die BRD leiten möchte. Deshalb sollten Beziehungen mit Westberlin so gestaltet werden, daß den Absichten der BRD nicht entgegengekommen wird, Beziehungen anderer Staaten mit Westberlin als Beziehungen zu einem Bundesland der BRD zu deklarieren.

Es wurde nochmals auf das vom Vierseitigen Abkommen völkerrechtsverbindlich bestätigte Grundelement des Status Westberlins eingegangen, demzufolge Westberlin kein Bestandteil der BRD ist und von ihr nicht regiert werden darf. Diese Grundtatsache sollte bei der Gestaltung der Beziehungen anderer Staaten zur BRD und zu Westberlin berücksichtigt werden. Man müsse davon ausgehen, daß die BRD nicht irgend ein Land, sondern der Staat ist, der gegen die DDR gerichtete Aktivitäten unternimmt und Westberlin wie ein Land der BRD zu behandeln sucht. Deshalb gebe die angesprochene Aktivität des Botschafters der VR China in der BRD gegenüber dem Regierenden Bürgermeister von Westberlin der BRD die Möglichkeit dies in ihrem Sinne gegen die DDR auszunutzen.

Die Atmosphäre des Gesprächs war ruhig und sachlich, seitens des I. Sekretärs Tji und seines Dolmetschers aber auch gespannt.

Anlage

Karl
Karl
Sektionsleiter

Verteiler:

1. Expl. Min. Fischer
2. " Abt. FO
3. " ZK, Abt. I.V.
4. " Abt. WB

[GDR Ministry of Foreign Affairs]

Far East Department

Berlin, August 3, 1973

Memorandum

regarding a discussion by Comrade Karl, head of the China Section, with First Secretary of the Embassy of the PRC Qi Huaiyuan On October 2, 1973

In place of the originally invited Counsellor Wang Yupei [sic], the First Secretary Qi turned up. Qi justified his appearance with the fact that the Amb. Pen Guangwei was traveling to Beijing for vacation today and since he still wanted to offer his condolences in conjunction with Comrade Ulbricht's passing, Counsellor Wang could not come. Because of the presented situation and since the conversation was already rescheduled once, Comrade Karl conducted the discussion after he emphasized that he was actually tasked with speaking with Counsellor Wang.

Comrade Kehr (deputy head of the West Berlin Section), Comrade Schael (China Section), and a Chinese translator also participated in the discussion.

First Secretary Qi first expressed his condolences vis-à-vis Comrade Karl regarding the passing of Comrade Ulbricht.

After some introductory words, Comrade Karl verbally presented according to his assignment a statement from the Foreign Ministry of the GDR regarding the status of West Berlin and regarding a diplomatic activity of the Chinese ambassador to the FRG vis-à-vis the sitting mayor of West Berlin. For the exact wording of the statement, see the attached.

Qi accepted the statement and expressed his readiness to convey this to the leadership of the embassy of the PRC in the GDR. Regarding one notice he added also "for conveyance to the Foreign Ministry of the PRC."

Qi then expressed the following "personal opinions" (summary):

The PRC is proceeding with the West Berlin question on the basis of the real situation which has not arisen due to the policies of the PRC. As is well known, the PRC does not have any diplomatic relations with West Berlin. Therefore, all contacts between the PRC and West Berlin were conducted through diplomats in the PRC embassy in the FRG or in the PRC embassy in the GDR. There is in his opinion nothing unusual about this.

The PRC has always supported the GDR's position on the question of West Berlin, its policy of defending its sovereign rights. The PRC did not create the current situation. The GDR recognizes this situation. The PRC is not bound to the Quadrilateral Agreement. As a foreign state, however, the PRC handles West Berlin according to the current situation. If the GDR has objections against certain things, it should not turn to China.

For the stated reasons, he could neither understand nor accept the regret and surprise of the Foreign Ministry of the GDR in connection with normal diplomatic activities. He could, above all, not understand that with such activities the interests of the GDR would be damaged. He regretted for his part the "conclusions of the Foreign Ministry of the GDR which do not correspond to the facts."

The PRC wants to further develop normal relations with all states and regions on the basis of peaceful coexistence. That also counts for West Berlin, in so far as that is of interest on the West Berlin side. If the statement of the Foreign Ministry of the GDR serves the purpose of restricting the normal diplomatic activity of the PRC on the pretext that these activities would be used by the FRG against the GDR, he cannot not accept that. The PRC also does not give itself the right to counter the diplomatic activities of diplomats from GDR embassies in countries with which the GDR still does not maintain diplomatic relations. In conclusion, he added that the PRC is practicing a policy on principle, it is their sovereign right to carry out activities through this or any embassy and that the GDR should not orient itself according to interpretations of the FRG.

The Comrades Kehr and Karl affirmed again the fundamental position of the GDR in the respective question and underscored that the GDR was not proceeding from the

interpretations of publications in the FRG or West Berlin but rather from the facts. It was explained that the GDR in no way had objections to contacts with West Berlin as long as these did not touch on the status of West Berlin. The GDR must turn against all steps that compromise its legitimate interests and against efforts of certain forces in the FRG to aid in undermining the Quadripartite Agreement. On top of this it was pointed out that the FRG repeatedly attempts to treat West Berlin like a federal state and would like to direct relations of other countries with West Berlin through the FRG. Therefore, relations with West Berlin should be so shaped that the intention of the FRG to declare relations of other states with West Berlin as relations with a federal state not be accommodated.

The discussion once more went into the basic element of the status of West Berlin, which had been confirmed as binding under international law by the Quadripartite Agreement and according to which West Berlin is not an element of the FRG and may not be governed by it. The basic fact should be considered in the shaping of relations of other states with the FRG and with West Berlin. One had to proceed from the fact that the FRG is not just any country but the country that undertakes activities aimed against the GDR and which seeks to handle West Berlin like a federal state in the FRG. Therefore, the expressed activity of the ambassador of the PRC to the FRG vis-a-vis, the governing mayor of West Berlin gives the FRG the opportunity to make full use of this in their sense against the GDR.

The atmosphere of the discussion was calm and matter of fact, on the side of the First Secretary and his interpreter, however, also tense.

[signature]

Karl

Section Head

[...]